NPD

Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Essen
Gründung / Bestehen seit	1964 (Bundes und Landesverband NRW)
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Udo Pastörs (Januar 2014 bis November 2014), ab November 2014 Frank Franz; Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); wenige handlungsfähige Kreisverbände; insgesamt 16 Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Bund: ca. 5.200 ↘ Land: ca. 600 ↘
Veröffentlichungen	Publikationen: Zeitung des Bundesverbandes **Deutsche Stimme (DS)** (monatlich) als Printversion; Online-Zeitschrift des Landesverband **Blickpunkt** (quartalsweise); diverse lokale Publikationen einzelner Kreisverbände (meist unregelmäßig) Web-Angebote: mit www.npd.de oder www.npd-nrw.de nahezu flächendeckend eigene Webseiten auf allen organisatorischen Ebenen sowie in den sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will und stattdessen für eine rassistische, antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Ideologie eintritt. Vielfach bezieht sich die Partei dabei auf die Ideologie der NSDAP. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre enge Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene.
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **NPD** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die **NPD** spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. Die von der **NPD** verfolgten rechtsextremistischen Ziele laufen auf einen anderen Staat hinaus, in dem die Prinzipien der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden sollen.

Der NPD Kreisverband Unna/Hamm propagiert auf seiner Facebook-Seite unverhohlen Rassismus

Stattdessen verfolgt die **NPD** eine rechtsextremistische Ideologie, die sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auszeichnet. Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die **NPD** „biologisch“, das heißt, dass sie die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Art. 3 des Grundgesetzes ablehnt und diese demgegenüber in „Rassen“ einteilt. Was darunter zu verstehen ist, wird unter dem entsprechenden Schlagwort auf der Homepage der **NPD** unter „A-Z“ erläutert. Zum Stichwort „Rasse“ erklärt die **NPD** dort: *„Die Menschheit wird in drei Groß-Rassen eingeteilt [...]. Die europäische Großrasse wird im Allgemeinen in folgende Unterrassen gegliedert […]. Rassen entstehen durch Mutation, Isolation und Auslese“*. Hier zeigt sich einmal mehr die ideologische Nähe der **NPD** zum Nationalsozialismus, zumal der als „bedeutender Anthropologe“ zitierte Autor Hans F. K. Günther nicht irgendein Wissenschaftler, sondern der „Rasse“-Ideologe des NS-Regimes war.

Neben der allgemeinen Hetze gegen Migranten sind insbesondere Muslime Opfer der **NPD**-Propaganda. Indem die **NPD** Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die **NPD** ein verzerrtes, negatives Bild der hier lebenden Muslime. Auch die Terroranschläge von Paris am 7. Januar 2015 instrumentalisierte die **NPD** für ihre Kampagne gegen Muslime. So heißt es in einer vom Bundesverband der **NPD** veröffentlichten Stellungnahme, die der Landesverband Nordrhein-Westfalen auf seinem Facebook-Profil am 7. Januar 2015 verbreitete*: „Der Islam ist keine Bereicherung, sondern eine Bedrohung für die innere Sicherheit in Deutschland und Europa“.*

Mit Berichten über einen starken Zuzug von Sinti und Roma und einer durch **Pro NRW** initiierten Hetzkampagne entdeckte die **NPD** bereits im Jahr 2013 ein vermeintlich erfolgsträchtiges Thema für eine weitere Kampagne „Zigeunerflut stoppen! Kriminalität bekämpfen!!“. Mit Überschriften wie

- *„Deutsche Kinder und Rentner an der Armutsgrenze, Zigeuner im Siebten Himmel“*
- *„Zigeunerflut: Gutmenschen- und Systemschreiberlinge schlagen Alarm“*
- *„Sinti- und Romaproblematik: Kinderhandel – ein lukratives Geschäftsmodell?“*
- *„Duisburger und Wuppertaler Zigeunerbande bereicherte viele Gemeinden in NRW“*
- *„Duisburg: Unzählige Zigeunerkinder höchst kriminell!!“*

werden Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung geschürt und Sinti und Roma dabei pauschal als skrupellose Schwerstkriminelle verunglimpft.

Obwohl die **NPD** soziale Themen und die „Bedrohung durch den Islam“ in den Vordergrund rückt, weicht sie auch nicht von ihren „traditionellen“ antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust oder die Zahl der Opfer bezweifelt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Die **NPD** glorifiziert in Beiträgen der **Deutschen Stimme** den historischen Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus.

Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene sowie gewaltbereiten Hooligans.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Fremdenfeindlichkeit zeigte sich im Jahr 2014 insbesondere in der Kampagne gegen Asylbewerber, die pauschal als kriminell oder „Sozialschmarotzer“ diffamiert wurden. Negative Folgen werden von der **NPD** maßlos übertrieben und so Angst sowie Neid gegenüber Asylbewerbern

geschürt. So hieß es in einer Stellungnahme auf dem Facebook-Profil des Landesverbandes am 9. Januar 2014: *„Seit Monaten wird unser Land von einer (Schein)Asylantenwelle überrollt, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Schulen werden geschlossen und Asylantenwohnheime umgebaut, Problemhäuser schießen vielerorts wie Pilze aus dem Boden, in den Städten des Ruhrgebietes habe sich sog. 'Arbeiterstriche' etabliert, die Gewalt gegen Deutsche nimmt zu, die Prostitution in den Ballungszentren steigt und das deutsche (!!) Sozialsystem ächzt unter der zusätzlichen Belastung“*. Auf Plakaten schlug sich dies in Slogans wie „Asylantenheim? Nein Danke“ nieder.

Wahlplakate der NPD aus verschiedenen Städten

Europa- und Kommunalwahl 2014

Mit dem Wegfall der 5%-Hürde bei der Europawahl hatte sich die **NPD** gute Chancen auf zwei bzw. drei Mandate ausgerechnet. Dazu hätte sie jedoch ihren Stimmenanteil aus der Bundestagswahl 2013 mindestens wieder erzielen müssen. Mit nur 1% der Stimmen und nur einem Mandat für den ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt war das Ergebnis für die Partei eine Ernüchterung.

Auch die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen verlief für die **NPD** enttäuschend. Gegenüber der letzten Kommunalwahl 2009 verlor sie rund ein Drittel ihrer Mandate und fiel annähernd auf den Stand von 2004 zurück. In Dortmund büßte sie den Gruppenstatus ein, was mit dem Verlust erheblicher finanzieller Zuwendungen verbunden ist. Große Einbußen erlitt die Partei vor allem in den kreisangehörigen Städten, in denen sie die Hälfte ihrer Mandate verlor.

Wahlmaterial der NPD

Die NPD in Kommunalparlamenten

Obwohl die **NPD** immer noch in 16 kommunalen Parlamenten sitzt, gehen von den Mandatsträgern weder parteiintern noch nach außen nennenswerte Impulse aus. Dies liegt zum einen an einer weitgehenden politischen Isolation der Rechtsextremisten und zum anderen an fehlender Kompetenz der meisten gewählten **NPD**-Vertreter. Deren Aktivitäten beschränken sich zumeist auf das nur begrenzt öffentlichkeitswirksame Stellen von eigenen Anträgen beziehungsweise Anfragen, die man eher als „Signalanträge" bezeichnen muss. Diese erfüllen den Zweck der Selbstdarstellung gegenüber den eigenen Parteimitgliedern. Allein die Sitzungsgelder und Aufwandspauschalen machen die Teilnahme an der Kommunalpolitik für die **NPD** in Nordrhein-Westfalen attraktiv.

Feste und Liederabende der NPD

Die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kann mit ihren Angeboten keine Personen außerhalb des eigenen Mitgliederpotenzials erreichen. Die vom Landesverband und einigen wenigen Kreisverbänden durchgeführten Grillabende, Sommer- und Sommersonnenwend- bzw. Wintersonnenwendfeste finden durchweg nur im eigenen Sympathisantenkreis – quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit – statt. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden organisiert die **NPD** in Nordrhein-Westfalen auch keine Skinhead-Konzerte sondern allenfalls rechtsextremistische Lieder- oder Balladenabende. Ein größerer Personenkreis wird dabei in der Regel nicht angesprochen.

Parteitage

Der 41. ordentliche Landesparteitag des **NPD** Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 28. September 2014 in der Landesgeschäftsstelle in Essen verlief unspektakulär und endete mit der Bestätigung des seit 2008 amtierenden Landesvorsitzenden Claus Cremer. Auf den übrigen Vorstandsposten gab es nur wenige Änderungen, was auch den quantitativen und qualitativen Personalproblemen der Partei geschuldet ist. Wesentlich mehr Interesse verursachten die zwei Bundesparteitage in 2014. Am 18. Januar 2014 fand in Kirchheim der außerordentliche Bundesparteitag zur Aufstellung der Kandidaten zur Europawahl statt. Hier musste der frisch gewählte Parteivorsitzende Udo Pastörs eine herbe Niederlage einstecken, als er in einer Kampfkandidatur um Platz 1 gegen den langjährigen ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt unterlag. Für einen der nachfolgenden Listenplätze verzichtete er auf eine Kandidatur. Diese Niederlage dürfte maßgeblich auch zum Rückzug von Udo Pastörs aus dem Bundesvorstand und dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur für das Amt des **NPD**-Parteivorsitzenden beigetragen haben.

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag am 2. November 2014 in Weinheim wurde der ehemalige saarländische **NPD**-Vorsitzende und Bundespressesprecher Frank Franz gewählt, der der Partei ein „modernes Erscheinungsbild“ geben will. Innerparteilich hat Franz keine Hausmacht und gilt als vergleichsweise schwach. Zudem ist den meisten Parteimitgliedern bewusst, dass man sich keine weiteren zermürbenden Führungskämpfe leisten kann.

Demos / Infostände

Im Gegensatz zur deutlich aktionsorientierteren Neonazi-Szene hat die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kaum größere Demonstrationen durchgeführt. Eine zu Beginn noch als regionale Großdemonstration mit Unterstützung des Bundesparteivorstandes angekündigte Veranstaltung am 1. Mai 2014 in Duisburg geriet nicht zuletzt durch konkurrierende rechtsextremistische Demonstrationen zum Fiasko. Weniger als 100 Teilnehmer nahmen teil. Damit zeigt sich die Mobilisierungsschwäche der **NPD** in Nordrhein-Westfalen, die aus eigener Kraft ohne die Unterstützung der Neonazi-Szene keine große Demonstration mehr durchführen kann. So kamen am 25. Okto-

ber 2014 zu drei nacheinander in Bochum, Essen und Duisburg durchgeführten Kundgebungen, in denen die Partei gegen Asylbewerber agitierte, maximal 20 Zuhörer.

Unterstützung von HoGeSa und PEGIDA durch NPD

Offenbar in Erkenntnis der eigenen Mobilisierungsschwäche und getrieben von dem Versuch, die eigene Propaganda in irgendeiner Weise in breitere gesellschaftliche Schichten zu tragen, hat die **NPD** auch zur Teilnahme an den Demonstrationen der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) und anderer gleichgesinnter Gruppierungen aufgerufen. In dem Aufruf des **NPD**-Landesvorsitzenden bei Facebook heißt es: *„Man muss kein Freund von Hooligans sein und sicherlich auch nicht jede ihrer Aktionen im Fußballumfeld gutheißen, aber ich finde es unterstützenswert, dass sich Menschen über Organisationsgrenzen hinaus zusammenfinden um gegen die gefährliche Islamisierung unserer Heimat zu protestieren“*. An der HoGeSa-Demonstration am 26. Oktober 2014 in Köln haben auch Funktionäre der **NPD** teilgenommen. Dort war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen. Eine öffentliche Distanzierung von den Gewaltexzessen gab es von der **NPD** nicht.

Ebenfalls nahmen einige Funktionäre der **NPD** an den Demonstrationen der lokalen PEGIDA-Ableger in Düsseldorf, Köln, Bonn und Duisburg teil. Auf der Facebook-Seite des **NPD** Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hieß es dazu: *„Der berechtigte Bürgerprotest gegen die zunehmende Islamisierung bzw. Überfremdung unserer Heimat wurde auch in Köln von etlichen*

picture alliance / JOKER

Vertretern der nationalen Opposition an Rhein und Ruhr unterstützt und auch die NPD war mit einer Abordnung vertreten“. Angesichts der mangelnden Resonanz bei eigenen Veranstaltungen versucht die **NPD** bei HoGeSa- und PEGIDA-Veranstaltungen Anschluss an eine größere Öffentlichkeit zu finden, welche fremdenfeindliche Positionen nicht ausgrenzt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die anhaltende Führungskrise der **NPD**, der Verschleiß von drei Bundesparteivorsitzenden innerhalb von wenigen Jahren und der damit verbundene Richtungsstreit haben die Partei weitgehend gelähmt. Hinzu kommt das schwebende Parteiverbotsverfahren, das Teile der Partei verunsichert hat. In dieser Situation schwankt die **NPD** zwischen zwei Positionen, die auch die beiden wichtigsten Strömungen innerhalb der Partei darstellen: Zum einen die „Modernisierer“ um den amtierenden Parteivorsitzenden Frank Franz, die sich stärker bürgerlich präsentieren wollen. Und zum anderen die „Traditionalisten“, die über gute und enge Kontakte zur Neonazi-Szene verfügen.

Im Berichtsjahr verzeichnete die **NPD** eine weitere Stagnation bei der Mitgliederentwicklung. Auch bei den aktiven Kreisverbänden ist die Zahl weiter rückläufig. Während die **NPD** in Nordrhein-Westfalen vor rund fünf Jahren über fast 30 Kreisverbände verfügte, sind es aktuell weniger als 20. Allein in den Regierungsbezirken Münster und Detmold deckt jeweils ein einzelner Kreisverband den gesamten Regierungsbezirk ab. Damit kann die **NPD** keinen Wahlkampf führen und ist in diesen Gebieten kaum aktionsfähig.

Die Krise der **NPD** hat sich im Berichtsjahr weiter verschärft. Einerseits sind schwindende Mitgliederzahlen, sich auflösende Kreisverbände und der Verlust der wichtigen Landtagsfraktion in Sachsen zu verzeichnen, andererseits nimmt die Konkurrenz im rechtsextremistischen Parteienlager zu. Ohne die Bündnispartner aus der Neonazi-Szene ist die **NPD** jedoch nicht mehr aktionsfähig, so dass sie dieses Feld weitgehend anderen Organisationen überlässt.

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen gibt es darüber hinaus auch strukturelle Probleme. Ganze Kreisverbände lösen sich auf. Hinzu kommt das ambivalente Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt schwankt. Dabei ist die **NPD** auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienspektrums dürfte dazu beitragen, dass den Parteien die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung erschwert wird, weil deshalb womöglich keine rechtsextremistische Partei die maßgeblichen Hürden bei den jeweiligen Wahlen überschreitet.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_npd